

Verständigung herbeizuführen, durch die der Ausbruch eines europäischen Krieges verhindert werden könnte. Die meisten Blätter weisen darauf hin, daß Poincaré besonders in Berlin die lebhafteste Unterstützung gefunden habe. „Zum ersten Male scheinen Frankreich und Deutschland einig zu sein, um den Frieden Europas gegen die ihn bedrohenden Gefahren zu verteidigen“, schreibt die Lanterne. In einem Leitartikel des offiziellen Organs der radikalen Partei, des Radical, betont der Abgeordnete Leboucq, daß „er wohl kein Geheimnis vertrat, wenn er sagte, daß gegenwärtig zwischen Paris und Berlin ausgezeichnete Beziehungen bestehen“, worüber er seiner Freude Ausdruck verleiht. Die nationalistische Presse wagt es nicht, Herrn Poincaré für sein Bestreben, mit Berlin in enger Verbindung zu bleiben, so zu kritisieren, wie sie es etwa gegenüber dem früheren Ministerpräsidenten Caillaux getan hat, in dessen Programm eine Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen stand. Im halbnationalistischen Echo, dessen Chefredakteur Ernest Judet jedoch die großen internationalen Fragen meistens ruhig und sachlich beurteilt, wird die Hoffnung ausgesprochen, daß sich „hinter der olympischen Mäule der Leute von Berlin kein Hintergedanke verberge“. Das ist wohl im Grunde eine Sorge aller. Aber man verläßt sich hier einigermassen darauf, daß Deutschland kein Interesse am Ausbruch eines Krieges haben kann, der die Unabhängigkeit Oesterreich-Ungarns auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nur festern würde.

Der Abschluß des Friedens zwischen Italien und der Türkei wird freudig begrüßt. Einige Blätter lassen sich dabei zu fast lächerlichen Vorentscheidungen auf Italien hinreißen, wie z. B. die Action, in der es u. a. heißt, „daß seit der Annexion Venedigs kein Feldzug Italiens so viel diplomatischen Ruhm eingetragen habe“. Andere betonen, daß Frankreich eine Rolle gespielt habe bei den Friedensverhandlungen. Die letzte Kritik, die von der Türkei verlangt wurde, sei nur auf Grund einer Intervention Poincarés gewährt worden, der allerdings dem guten Willen des italienischen Königs begegnet wäre. Der Radical schreibt ganz offen, daß die Türkei nachgegeben habe, „weil Frankreich die hohe Pforte damit bedrohte, ihr den Lebensfaden des Krieges abzuschneiden“, das heißt die Geldzufuhr.

Die Meldung, daß Poincaré die Einberufung einer europäischen Konferenz angeregt habe, wird von halbhoffigen Blättern nur sehr schwach demotiviert, mit dem Hinweis darauf, daß an eine solche Konferenz nur gedacht werden könne, wenn der Balkanfriede fertig wäre, daß es allerdings notwendig sei im Interesse des Friedens, daß die Großmächte vorher Vereinbarungen getroffen haben, wenn Ueberraschungen ausgeschlossen werden sollen. Jedenfalls scheint man überall den Eindruck zu haben, daß der Friede gewahrt und der Balkanfriede doch lokalisiert werden kann, wenn Frankreich und Deutschland den ernstlichen Willen dazu haben und keine machiavellistische Politik zu treiben suchen. Das wird die erste Forderung sein, die erhoben werden wird in den Meetings gegen den Krieg, die von der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften hier veranstaltet werden, nachdem das internationale sozialistische Bureau, dessen Sitzung auf Antrag der deutschen Parteileitung schon am nächsten Sonntag stattfinden soll, gesprochen hat. Die bürgerlichen Blätter sehen diesmal der sozialistischen Aktion mit mehr Sympathie zu als bei früheren Gelegenheiten: die größere und nähere Gefahr erhöht ihren „Pazifismus“. Und es ist bezeichnend, daß ein großer Teil der bürgerlichen Presse, die jahrelang über die revolutionäre Bewegung in Russland keine Zeile veröffentlichte, gegenwärtig das im stillen „unter der Äsche glühende revolutionäre Feuer“ als eine Friedensgarantie behandelt, da die russische Regierung aus Rücksicht darauf zu einer friedlicheren Haltung gezwungen würde, als es dieselbe dem Wunsch der Panflaisten entspricht.

Oesterreichs Wenn und Aber.

Paris, 17. Oktober. Von zuständiger Stelle sind hier der Presse Mitteilungen gemacht worden, aus denen hervorgeht, daß diese Information zwar nicht in der Form, aber doch in der Sache der Wahrheit entspricht. Es ist richtig, daß Serbien, wenn es auch keine formelle Verpflichtung übernommen, doch versprochen hat, den Sandjak nicht zu besetzen. Sollten die Umstände es zwingen, Truppen durch den Sandjak zu transportieren, so würden diese Truppen nur das Gebiet durchziehen, nicht aber dauerndes Quartier nehmen. Oesterreich-Ungarn hat, wie aus den Verhandlungen des Grafen Verdolich mit den Vertretern der Großmächte hervorgeht, dieses verbindliche Versprechen für genügend erklärt. Aus allen Verhandlungen geht auch hervor, daß die österreichisch-ungarische Regierung jeden auf die Erhaltung des Weltfriedens abzielenden Schritt unterstützt. So wie die Dinge liegen, könnte aber Oesterreich-Ungarn keine bestimmten Verpflichtungen für die Zukunft übernehmen und eine derartige Zusage ist ihm auch von seiner Seite gestellt worden. Solange sich aber nicht ganz besondere Umstände auf dem Balkan vorzuliegen, wird Oesterreich nicht intervenieren, und in dieser Beziehung hegt man hier weder Zweifel noch Unruhe.

Wann veröffentlicht folgende Note: Es wird behauptet, Oesterreich-Ungarn habe sich verpflichtet, sich eines Einschreitens zu enthalten, falls Serbien und Montenegro in den Sandjak Notwendig einbringen sollten. Die österreichische Regierung behält sich jedoch vor, am Ende des Krieges zu intervenieren, wo sie dann die Forderung geltend machen wird, daß die serbischen und montenegrinischen Truppen den Sandjak räumen. Wenn dieses Gerücht sich bewahrheitet, so besteht die Hoffnung, daß Oesterreich-Ungarn sich während des Krieges nicht einmischen wird.

Der Verbund gegen die Türkei.

Die Gesandten der Balkanländer reisen in ihre Heimat, der Krieg gilt auf allen Seiten als offiziell erklärt. In einer gestern vormittag den Gesandten Serbiens und Bulgariens überreichten Note erklärt die Pforte, die bulgarische und serbische Note für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei und die Mobilisierung der beiden Staaten sowie die täglichen Schanzschüsse liegen den Frieden weiterhin ummöglich erscheinen. Die Gesandten werden daher aufgefordert, das türkische Gebiet sofort zu verlassen.

Das gilt unter Balkanverhältnissen als Kriegserklärung, wie ja Serbien und Bulgarien bereits mit der Kriegserklärung geantwortet haben. Die Telegramme melden über die letzten diplomatischen Zwischenfälle:

Belgrad, 17. Oktober. Die Regierung überreichte heute nachmittags dem serbischen Gesandten in Konstantinopel die Kriegs-

erklärung an die Türkei und notifizierte dieselbe den Großmächten.

Athen, 17. Oktober. Die Agence d'Athènes meldet: Serbien hat der Türkei zuerst den Krieg erklärt; Bulgarien folgte. Griechenland, das sich von seinen Verbündeten nicht absondern will, hat seinen Gesandten in Konstantinopel beauftragt, der Pforte die Kriegserklärung zu übermitteln, indem es gleichzeitig den verbündeten Nationen brüderlichen Gruß sandte.

Der türkische Vormarsch.

Konstantinopel, 17. Oktober. Die Pforte erteilte heute vormittags 10,10 Uhr den Befehl, daß die Truppen gegen Serbien und Bulgarien sofort vorwärts marschieren. Das bedeutet die Kriegserklärung.

Kämpfe an der serbischen und montenegrinischen Grenze.

Die Nachrichten über Zusammenstöße an den Grenzen der Türkei begannen sich zu mehren. Siege und Niederlagen der Türken werden gemeldet: Siegesmeldungen aus Konstantinopel, Nachrichten über türkische Niederlagen aus Belgrad oder Sofia, und man erkennt unschwer die auf beiden Seiten sorgsam waltsende Hand der Zensur. Von

Siegen der Türken an der montenegrinischen Grenze melden folgende Telegramme:

Saloniki, 17. Oktober. Türkische Truppen griffen die Montenegriner nördlich von Plawa sowie bei Mokra an und nahmen die Höhen bei Welika im Sturm. Sie warfen den Feind in fluchtartigem Rückzug über die Grenze zurück. Die türkischen Truppen, namentlich die albanischen Freiwilligen, zeigten sich durch ihr tapferes Verhalten aus. Der Versuch der Montenegriner, gegen Ipek vorzudringen, ist damit gescheitert. Den Türken dürfte es in Kürze gelingen, den Feind auch über den Tarafus zurückzudrängen.

Saloniki, 17. Oktober. Nach dem bereits gemeldeten Gefecht in den Höhen bei Mokra sind die Türken weiter in das montenegrinische Gebiet eingedrungen und haben nach tapferem Kampfe sogar montenegrinisches Kriegsmaterial erbeutet.

Wien, 17. Oktober. Die Türken haben, wie aus Cattaro gemeldet wird, in der Nähe von Podgorica einen namhaften Erfolg über die Montenegriner errungen. Nach den hierher gelangten Meldungen scheint dieser Erfolg durch eine Reiterdivision erzielt worden zu sein, die von Preisend oder Gussinje durch das Sretol vorrückte. Dieser Division haben sich auch mohamedanische Albaner angeschlossen. Infolge dieses türkischen Sieges ist ein weiteres Vordringen der Montenegriner von Norden her gegen Skutari vorläufig unmöglich gemacht worden. Dagegen wird aus Podgorica gemeldet, daß sich die Hauptkolonne unter Erzbischof Danilo und die Kavallerie unter General Martinowitsch in den nächsten Tagen vor Skutari vereinigen dürften, um die Belagerung der Stadt von zwei Seiten zu beginnen. Was bereits sich auf einen hartnäckigen Widerstand der Türken vor, die man eventuell auszuweichen hoffe. Die montenegrinischen Truppen werden sich jedoch vor Beginn der großen Aktion gegen Skutari eine Erholung gönnen müssen. Der Zustand der Truppen Danilo soll sehr gut und die Truppen erschöpft sein. Die Zahl der Opfer auf montenegrinischer Seite sei weit größer, als amtlich zugegeben wird. Die Verproviantierung und namentlich die sanitären Zustände seien leutrag. Die türkischen Kriegsgefangenen würden als Belohnung empfunden, da ihre Erhaltung Opfer erfordere.

Ein türkisch-serbisches Grenzgefecht.

Wien, 17. Oktober. Meldungen von der Grenze besagen, daß infolge eines Einbruchs türkischer Truppen und Albaner bei Mera und Prepolas gegen serbischer Artillerie ein Feuer eröffnet wurde. Die Türken sollen zurückgewichen sein und 200 Tote zurückgelassen haben. Die Verluste der Serben werden mit 10 Toten und 40 Verwundeten angegeben.

Belgrad, 17. Oktober. Es wird amtlich bestätigt, daß bei Prepolas ein Kampf stattgefunden hat, der sich gegen die Forts des Berges Kopanit richtete. Der Angriff erfolgte von türkischer Seite, während sich die Serben in der Defensive hielten. Der türkische Vorstoß wurde durch das Artilleriefeuer der Serben zum Stehen gebracht.

Belgrad, 17. Oktober. Nach heute mittag eingelangten amtlichen Berichten bestätigt es sich, daß gestern früh türkische Truppen bei Neretva in serbisches Gelände einbrachen. Sie brannten auf der Höhe von Prepolas ein serbisches Wochhaus und mehrere Bauerngehöfte nieder. Die serbischen Truppen eröffneten ein Geschützfeuer und schlugen im Laufe des Tages die Türken zurück, wobei diese 200 Tote zurückließen. Auf der serbischen Seite wurden 10 Mann getötet und 40 verwundet. Heute nahmen die Türken neuerlich den Kampf auf.

Der Albanerführer Jsa Boletina ist in Serbien eingedrungen. Es ist dies derselbe Bandenführer, der noch vor wenigen Monaten den Türken viel zu schaffen machte.

Beginn der griechisch-türkischen Feindseligkeiten.

Athen, 17. Oktober. Laut amtlicher Mitteilung des Marineministers sind die griechischen Kanonenboote A und B in die Meerenge von Trobesa eingedrungen. Die Aktion hat heute früh um 2 1/2 Uhr begonnen; die Kanonenboote sind um 4 1/2 Uhr vor Wonika eingetroffen. Die Durchfahrt soll sehr schwer gewesen, aber trotz der zahlreichen türkischen Besatzungen vollständig gelungen sein.

Athen, 17. Oktober. Die Feindseligkeiten an der griechisch-türkischen Grenze haben heute vormittag begonnen. Zwei griechische Torpedoboote verließen unter dem Feuer der türkischen Festungswerke den Golf von Arta, ohne beschädigt zu werden.

Konstantinopel, 17. Oktober. Eine griechische Bande hat bei Philates, Wilajet Janina, einen türkischen Munitionstransport überfallen und weggenommen.

Athen, 17. Oktober. Heute trafen 300 türkische Studenten als Kriegsfreiwillige hier ein. Sie wurden mit einer großen Freudenbegegnung empfangen. Aus Smyrna kamen zahlreiche Montenegriner an. Die Presse feiert allgemein den Krieg als einen Kreuzzug des Christentums gegen den Islam. In Clajona sind zwei türkische Bataillone mit vier Schnellfeuerkanonen, in Papopuli ein Bataillon, in Serbiapah ein Bataillon mit acht Berggeschützen, in der Bahnstation Sidra zwei Bataillone mit zwölf Kanonen, in Kalioria zwei Bergbatterien, ein Reiterregiment und ein Bataillon Genietruppen italienier.

Die Auffstellung des türkischen Heeres an der thessalisch-macedonischen Grenze gilt als unvollständig und schwach, so daß sein vorläufiges Verbleiben in Verteidigungsstellung erwartet wird. Noch mehr erscheint in Epirus das Uebergehen der Türken zum Angriff ausgeschlossen. Frankreich übernimmt den Schutz der Griechen in der Türkei, Deutschland den der Türken in Griechenland.

Die türkische Mobilisierung.

Konstantinopel, 17. Okt. Die Reservedivisionen von Erzerum, Erzingjan und Vanur in der Gegend der russisch-türkischen Grenze, die bis jetzt von der allgemeinen Mobilisierung nicht betroffen waren, haben den Mobilisierungsbefehl erhalten.

London, 17. Oktober. Wie aus St. Petersburg berichtet werden zwei türkische Divisionen hier eingetroffen. Die Truppen und Kriegsmaterialtransporte werden hierher geschickt. Lange Reihen von Reservisten, die aus der Provinz kommen, durchziehen jubelnd die Straßen.

Bruch der freistatlichen Schutzmächte.

Konstantinopel, 17. Oktober. Die Vertreter der Freistat, England, Frankreich und Rußland werden heute diesen Morgen Note überreichen, in der gegen die Zulassung der Freistat Deputierten in der griechischen Kammer, die den Freistat Freistatungen der Mächte widerspricht, protestiert wird.

Deutsches Reich.

Der preussische Wahlrechtskampf.

Am Dienstag werden die Vertreter der beiden Klassen Preußens sich wieder zur parlamentarischen Versammlung.

Unter dem Zeichen der Wahlreform halb zur Reize gehende Legislaturperiode des preussischen Landtags eröffnet worden, unter dem Zeichen der Wahlreform wird ihre Verhandlungen, unter dem Zeichen der Wahlreform wird sie auseinandergehen.

Schon die bloße Ankündigung der Wahlrechtsreform hatte genügt, um den wilden Horn der Junker zu entzünden. Fürst Bismarck machte geltend, weil er es gewagt hatte, die preussischen Junker fühlten sich in ihrer Macht bedroht und so traten sie in Opposition zu dem Kaiser, der sie getan hatte, daß ihm zu tun fast nichts mehr übrig blieb. Der künstliche Bismarck wurde gezwungen, an seiner Stelle die nationale Koalition der Konservativen und Freistatler die noch mehr als im Reich in Preußen ihre gemeinsame, unheilvolle Tätigkeit entfaltet.

Die Konservativen und das Zentrum schloffen ein Bündnis auf Leben und Tod, um bei der Reform des Wahlrechts jeden wirklichen Fortschritt zu vereiteln und die Entartung der Arbeiter zu bewirken. Ein trauriges Zeichen der Entartung hielten die Verhandlungen: alle großen Vorschläge wurden beiseite geschoben, der nackteste Formalismus in widerrätlicher Form machte sich breit, jede Partei soviel wie möglich für sich zu ergattern.

War schon die von Bethmann-Hollweg im Jahr 1903 eingebrachte Vorlage mit ihrer Verheißung der freien Stimmabgabe und der Einräumung eines Wechsels an alle abhängigen Wähler eine schwere Provokation, so suchten die Mehrheitsparteien des Reichstags die Regierung noch zu übertrumpfen, indem sie die Wahlrechtsreform noch unzulänglicher und volksfeindlicher gestalten wollten als die Regierung. Diese Partei in diesem Parlament in diesem Lande, selbst das kleinste Wahlsystem noch zu verschlechtern.

Die Wahlrechtsreform ist gefallen. Aber die herrschenden Klassen und die Regierung glauben, daß das Versprechen der Thronrede vom 1. Oktober 1908 eingelöst, die Forderung des Volkes ist, so befinden sie sich in einem verhängnisvollen Zustand. Das preussische Volk, dem 1849 durch einen Gewaltstreich gleiche Wahlrechte geraubt wurde, hat es satt, auf die nur Objekt der Gesetzgebung zu sein. Es fordert jetzt den ihm kraft seiner Bedeutung im Staatsorganismus seiner Zahl zustehenden Anteil an Gesetzgebung und an der Regierung und nicht eher ruhen, als bis es sein Ziel erreicht hat. Wenn irgend etwas, so ist das Verhalten der Parteien zur Wahlrechtsreform, und in noch höherem Maße ihr Verhalten bei Beratung der Wahlrechtsreform folgenden Jahren geeignet, die Massen in Gärung zu versetzen und sie zu neuen Kämpfen zu begeistern. Auf die seiner heiligsten Gefühle durch die junkerliche Partei durch die absichtliche Fälschung der Meinung des Volkes auf den niederträchtigen Verrat des Zentrums, die Namen abkommandierte und so den Antrag auf die der geheimen und direkten Wahl zu Fall brachte, die Wahlrechtsreform die einzige richtige Antwort erteilt, es ist die Wahlrechtsreform mit um so größerer Festigkeit zu führen und alle wahlrechtsfreundlichen Elemente zu sammeln.

Am bevorstehenden Sonntag werden in Berlin ganz Preußen von neuem große Kundgebungen des Volkes gegen die Dreiklassenwahlrecht stattfinden. Die rechtsbewegende wird sich von neuem machtvoll erheben und wie sehr sich die Herrschenden auch sträuben mögen, feste der preussischen Reaktion wird gestürzt werden.

Fiskus und Kohlenyndikat.

Seit Jahren leidet das deutsche Volk schwer an Preissteigerungen der im Kohlenyndikat verbündeten Herren. Bisher hat der preussische Fiskus, der die Kohlen gruben besitzt, die Preissteigerungen des Kohlenyndikats gemacht. Jetzt wird gemeldet, daß der Handelsminister die Erneuerung des für das laufende Jahr geltenden Verkaufsabkommens Abstand genommen hat, weil das Kohlenyndikat für 1913/14 eine erneute Erhöhung der Richtpreise ungeachtet der von der Bergverwaltung erhobenen Bedenken beschlossen hat. Die Gründe des Austritts wird dem Tag von „Kohle und Eisen“, also wahrscheinlich aus dem Handelsministerium geschrieben:

Die Gründe, die den Handelsminister veranlassen, die Erneuerung des für das laufende Jahr geltenden Verkaufsabkommens mit dem Syndikat Abstand zu nehmen, sind darin zu finden, daß die Regierung nicht gewillt ist, die Verantwortung für eine Erhöhung der Richtpreise zu übernehmen. Sie ist dabei von der Erwägung ausgegangen, daß die Kohlen in dem letzten Jahre bereits eine Erhöhung von 8 bis 10 Mark pro Tonne erfahren hat, wodurch eine unerhebliche Belastung der Industrie eingetreten ist. Es ist fernher erwogen, daß die Interessen des Kohlenyndikats durch die Verteuerung der Kohlen für die Industrie freigegeben werden. Aus diesem Anlaß hat die Regierung freie Hand geschaffen. Es wird die Kohlengruben zu den bisherigen Preisen abgeben, ungeachtet der Erhöhung der Richtpreise, wie sie von dem Kohlenyndikat für das laufende Jahr 1913/14 proklamiert ist. An leitender Stelle ist man der Ansicht, daß eine Erneuerung des Verkaufsabkommens mit dem Syndikat vorüberhand nicht zu bringen würde. Die Handelsminister wird jedenfalls keine Erneuerung des Verkaufsabkommens mit dem Syndikat vorüberhand nicht zu bringen. Ob von seiten des Syndikats an den Fiskus Verhandlungen werden, erscheint zurzeit recht fraglich.

Die Regierung sieht also ein, daß die Preissteigerungen...